

ANDY KALTENBRUNNER

'Für manche Medien wird es trotz Fördermillionen nicht reichen'Von **Stefan Binder** (mailto:st.binder@manstein.at)

Mittwoch, 28. Dezember 2022



Andy Kaltenbrunner

(/news/media/10/Andy-kaltenbrunner-90319.jpeg)

Kein gutes Haar lässt Medienforscher Andy Kaltenbrunner an der aktuellen und geplanten Medienförderung. Das Publikum 'dreht sich mit Schaudern weg, hält inzwischen die meisten Journalisten für korrupt und Politik sowieso.'

Die Schleusen haben sich dieses Jahr für heimische Medienunternehmen geöffnet - zumindest für die Großen. Mehr als 80 Millionen Euro wurden dieses Jahr an Förderungen, bestehend aus Presseförderungen, Förderungen aus dem Privatrundfunkfonds und digitaler Transformationsförderung verteilt (HORIZONT berichtete (<https://www.horizont.at/medien/news/foerder-sesam-oeffne-dich-wie-viel-foerderung-medien-dieses-jahr-bekommen-haben-90211>)). "Es ist ein wildes Durcheinander", beschreibt Medienforscher Andy Kaltenbrunner vom Medienhaus Wien im HORIZONT-Interview die aktuelle Förderpolitik, die darauf abziele "überwiegend tradierte Systeme und Organisationsformen" zu erhalten: "Medienpolitik bleibt Elitenpolitik, wo sich die stärksten Lobbys durchsetzen. Das Publikum hat leider keine. Es dreht sich mit Schaudern weg, hält inzwischen die meisten Journalisten für korrupt und Politik sowieso, wie alle Befragungsdaten deutlich zeigen. Noch mehr intransparente Medienförderung verbessert dieses Image sicher nicht."

MEHR DAZU

FÖRDER-SESAM, ÖFFNE DICH

Wie viel Förderung Medien 2022 bekommen haben

Dieses Jahr erhielten heimische Medien so viele Förderungen wie noch nie. Der Kuchen ist allerdings ungleich verteilt: Etablierte Player bekommen am meisten. »

(/medien/news/foerder-sesam-oeffne-dich-wie-viel-foerderung-medien-dieses-jahr-bekommen-haben-90211)

2022 war ein Rekordjahr für Förderungen für heimische Verlage. Nächstes Jahr kommt ein neues Fördergesetz, das noch mehr Geld für Medien ausschütten wird. Mehr Geld für Journalismus war doch lange eine Forderung. Warum gibt es daran nun dennoch so viel Kritik?

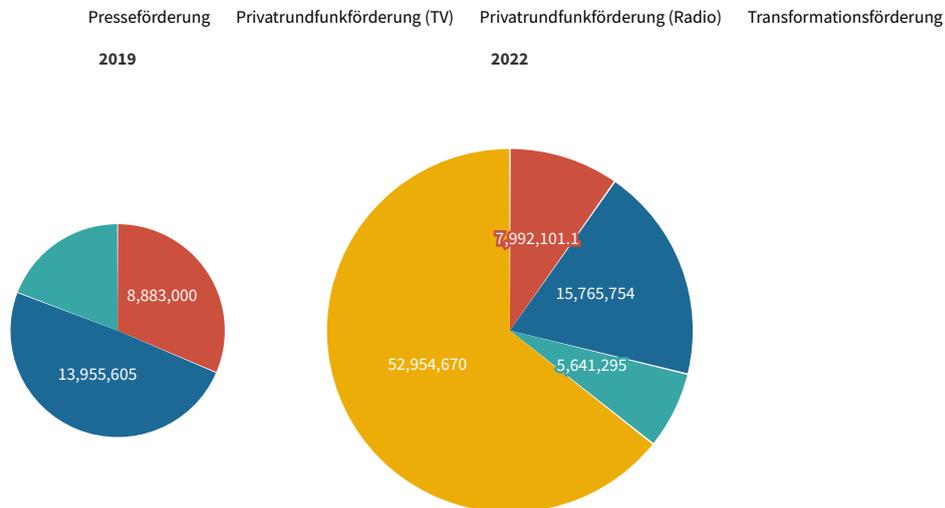
Ein großer Teil der Kritik kommt daher, dass diese Förderungen vorrangig den tradierten Bestand erhalten sollen und kaum Innovation fördern. Sie sind zum Teil wettbewerbsverzerrend: Bei der Digital-Transformationsförderung werden jene benachteiligt werden, die frühzeitig in Veränderung investiert haben. Newsletter etwa gibt es seit Jahrzehnten. Jetzt werden für manche Titel 300.000 Euro und mehr ausgeschüttet, weil sie 2023 einen Newsletter starten wollen. Jene, die einiges



verschlafen haben, werden nun nachträglich gefördert, manche Beträge erscheinen noch dazu absurd überschießend. Es ist jetzt jeder selbst schuld, der frühzeitig selbst Digitalisierung und echte Innovation finanziert hatte. Wer aktuell journalistisch Neues in ganz neuen Unternehmen und Projekten in den Markt setzen will, hat gar keinen Förderanspruch. Einstiegsbarrieren sind für Start-Ups höher, wenn gar keine kreative Zerstörung ermöglicht wird. Das ist nicht sinnvoll.

Aus Forschungssicht fehlt auch die Evaluierung und Erfolgskontrolle, wenn es etwa um die geplante Qualitätsjournalismusförderung geht. Sie ist an die Anzahl journalistischer Arbeitsplätze gebunden. Das ist durchaus etwas, das Journalist:innen und große Unternehmen freut, wieder ein bis zwei Millionen jährlich für die größeren Häuser. Es macht das Leben aber zugleich für all jene schwieriger, die journalistisch arbeiten, aber keine großen Unternehmen sind. Was ist außerdem mit den mehreren hundert freien Journalist:innen, die einen ohnehin schweren Stand in diesem Land haben? Wie wird deren Arbeit unterstützt? Wie wird kontrolliert werden, dass das Fördergeld tatsächlich zum Erhalt oder, besser noch, zum Aufbau neuer journalistischer Arbeitsplätze führt? Es könnte ja sonst einfach irgendwelche Verlegerschulden decken oder Gewinnausschüttung fördern, die sonst nicht möglich wäre. Was geschieht, wenn in geförderten Unternehmen die Arbeitsplätze weniger werden, wird dann zurückgezahlt?

Förderkuchen wuchs 2022 gewaltig



Quelle: Zusammenstellung aus Daten der RTR

✿ A Flourish chart (https://public.flourish.studio/visualisation/12093442/?utm_source=showcase&utm_campaign=visualisation/12093442)

Ein wesentlicher Kritikpunkt ist auch, dass ein wirkliches Durcheinander etwa im Aus- und Weiterbildungsbereich produziert wird: In der alten Presseförderung erreichte das etablierte und zertifizierte Einrichtungen. In der Qualitätsförderung mehr auch direkt an Unternehmen. In der Transitionsförderung nimmt etwa die Online-Plattform Express dann schnell mal mehr als 40.000 Euro Bildungsförderung mit. Sie wollen irgendeine Form der TV-Ausbildung betreiben. Warum das nicht in die Privatrundfunkförderung gehört, bleibt unklar. Dort bekommen auch viele Sender Geld für interne Weiterbildung, wie etwa zuletzt Servus-TV 72.000 Euro. Nun sind Qualifikationsmaßnahmen tatsächlich sehr wichtig und bisher eigentlich unterdotiert. Aber es fehlen jetzt allerorten die transparenten Kriterien, Curricula, die Koordination und eine durch Forschung geleitete unabhängige Qualitätskontrolle für Bildungsprogramme. Sie sollen ja kein Körbergeld für Medieneigentümer sein. Über jeglicher Journalismusbildung schwebt dann womöglich das Kanzleramt und dessen Vertreter, die im Rahmen des Wiener Zeitung Abschaffungsgesetzes, gleich fünf Millionen für Journalismusbildung nach Gutdünken direkt vergeben sollen - und vor allem dann auch wieder entziehen können. Das ist das Gegenteil von dem, was man sich für unabhängigen Journalismus wünscht.

„Medienpolitik bleibt Elitenpolitik, wo sich die stärksten Lobbys durchsetzen. Das Publikum hat leider keine.“

Andy Kaltenbrunner, Medienhaus Wien

Es gibt also viele Kritikpunkte im Detail. Sehr grundsätzlich bleibt: Die Förderungen zielen überwiegend auf Erhalt tradierter Systeme und Organisationsformen. Es entstehen noch mehr große Grauzonen. Es ist ein wildes Durcheinander der Maßnahmen. Medienpolitik bleibt Elitenpolitik, wo sich die stärksten Lobbys durchsetzen. Das Publikum hat leider keine. Es dreht sich mit Schauern weg, hält inzwischen die meisten Journalisten für korrupt und Politik sowieso, wie alle Befragungsdaten deutlich zeigen. Noch mehr intransparente Medienförderung verbessert dieses Image sicher nicht.

Kann man eigentlich abschätzen, wie die langfristigen Auswirkungen der hohen Fördersummen auf den Medienmarkt sein werden?

Alleine, dass Sie die Frage an die Forschung stellen, ist interessant, weil das hätten wir eigentlich gerne von der Regierung und dann vom Gesetzgeber vorab beantwortet. Folgewirkungen abzuschätzen gehört eigentlich zum Gesetzmachen. Mögliche Ziele bei Medienförderungen sind ja entweder ökonomische oder kulturell-gesellschaftliche. In Österreich funktioniert das traditionell je nach Zuhörerschaft: Wir beschwören sonntags Ziele wie Meinungsvielfalt, um dann vorrangig ökonomische Programme für wochentags zu formulieren, in denen Systemträger besonders unterstützt werden. Bis sie allenfalls nicht mehr lebensfähig sind. Das war schon seinerzeit mit den Parteizeitungen so, für die Presseförderung in den 1970er Jahren ja eigentlich vor allem erfunden wurde.



„Für die Politik ist es natürlich nicht unpraktisch, immer weniger Player, die ökonomisch immer abhängiger von ihr sind, als Gegenüber zu haben“

Andy Kaltenbrunner, Medienhaus Wien

Für manche Legacy Medien wird es jetzt trotz neuer Fördermillionen nicht reichen. Nur noch die Hälfte der gedruckten Tageszeitungen in Umlauf sind tatsächlich bezahlte Exemplare. Die privaten Inserate werden schnell weiter erodieren. Der Gratiszeitungsmarkt wäre ohne öffentliche Hand ohnehin kaum mehr lebensfähig. Printmagazine und Illustrierte verschwinden derzeit besonders rasch. Eine rettende Allianz mit einem zahlenden Publikum auf vielen Online-Kanälen schaffen erst wenige Häuser. Durch Förderung wird also bei vielen das Leiden verlängert und das Sterben verzögert. Wir unterstützen damit zugleich einen kontinuierlichen Konzentrationsprozess. Für die Politik ist es natürlich nicht unpraktisch, immer weniger Player, die ökonomisch immer abhängiger von ihr sind, als Gegenüber zu haben. Für tausende überzeugte, professionell arbeitende Journalisten, aber vor allem auch für uns Bürger ist das dagegen höchst unerfreulich.

Ziel der digitalen Transformationsförderung ist doch, den Übergang für etablierte Medien ins digitale Zeitalter zu ermöglichen.

Ein Problem ist, dass wir den Transformationsprozess nicht wirklich unterstützen. Um es in einer Metapher zu formulieren: Als die Eisenbahn schon erfunden war, haben wir uns zuerst darauf konzentriert, die Fuhrwerke als Transportunternehmen weiter zu unterstützen. Jetzt sind wir immerhin so weit, dass wir schauen, wie wir die Pferde vor die Eisenbahn spannen können. Alle, die schon jetzt auf Lokomotive und Schienen ernsthaft setzen, werden möglichst gebremst, damit auch die langsamsten Kutscher ihre Pferde noch eine Weile durchfüttern können. Warum funktioniert das so? Weil Medienpolitik das alte Modell besser versteht und auch kurzfristig denkt - nämlich bis zur nächsten Wahl, bei der etablierte Medien die wichtigsten Transmissionsriemen sind und nicht unsichere, zukünftige, neue Kommunikatoren, deren Wirkweise sie gar nicht verstehen. Die meisten Medienförderungen und Inseratenausgaben werden ja traditionell im Jahr vor Wahlen ausgeschüttet. Diese Tradition hält, wie wir sehen.

Das marktradikale Gegenargument wäre: Warum dann nicht gleich alle Förderungen abschaffen und den Markt alles regeln lassen? Was würde in so einem Fall passieren?

Das Wirken der unsichtbaren Hand des freien Marktes hätte klare Folgen für Österreich. Schauen wir uns den Zeitungsmarkt mit nur noch 14 Titeln an: Gäbe es keine öffentlichen Mittel – weder Förderungen noch Inserate – so, behaupte ich, wäre innerhalb kurzer Zeit zumindest die Hälfte dieser Titel verschwunden. Das heißt, wir würden tatsächlich Vielfalt verringern, indem wir dem Markt weitere extreme Konzentrationsprozesse erlauben, damit es überhaupt ein paar Überlebende gibt. Wir könnten in einer radikalen Hypothese annehmen, dass im privaten Medienmarkt eigentlich nur ein Medienhaus in Österreich tatsächlich national konkurrenz- und vielleicht international ausbaufähig wäre, mit nur einer Zeitung, einem Magazin, einem Radiosender, einer Onlinepräsenz und - da bin ich mir nicht mal so sicher, ob sich das ausgeht - einem privaten, nationalen Fernsehsender. Dazu gäbe es die eine oder andere regionale Zierfranse. Das kann natürlich niemand ernsthaft wollen und vertreten, weder linke Politik, wenn sie ihre Reden von Diskursvielfalt ernstnimmt, noch eine rechte Politik, wenn sie Markt und Pluralismus will, was eben viel Wettbewerb erfordert. Es braucht also medienpolitische Regulierung und Fördermaßnahmen – aber andere als derzeit.

Die aktuellen Förderungen sind also suboptimal, eine komplette Abschaffung wäre auch nicht ratsam. Wie sollte denn dann ein gutes Förderwesen aussehen?

Würden wir mit einem weißen Blatt Papier beginnen und die Förderungen und den Weg dorthin neu aufzeichnen, dann würden wir mehrere Dinge tun. Wir denken zuerst medienkonvergent und sagen, es gibt nicht vier, fünf oder zehn Gesetze, die irgendwie irgendwas fördern, sondern es gibt ein einziges Gesetz, das Rundfunk, Onlinemedien, Printprodukte erfasst, Förderziele definiert und natürlich auch in einem dualen Markt denkt, also öffentlich-rechtliche Medien und deren Aufgaben und Finanzierungsmodelle in die Gesamtbetrachtung integrativ einbezieht. Dann analysieren wir in diesem Gedankenexperiment als demokratisch gewählte Volksvertreter, wo unsere Defizite jetzt sind und was wir vorantreiben müssen. In anderen Branchen und anderen Ländern wäre das Ergebnis von Forschung und Entwicklung. Wir diskutieren das gesellschaftlich breit. Es stünden dann vermutlich die Fragen der journalistischen Qualitätsleistung viel mehr im Förderzentrum und weniger die Strukturen tradierter Medienorganisation.

„Als Argument für diesen Fleckerlteppich wird oft vorgebracht, dass die EU neue Fördergesetze aus Österreich vielleicht nicht akzeptieren würde. Daraus entsteht 2022, wie wir sehen, ziemlich viel Unsinn.“

Andy Kaltenbrunner, Medienhaus Wien

Es ist ja bemerkenswert, dass ernsthafte Einbindung von Öffentlichkeit in Österreichs Medienpolitik bisher überhaupt nie passiert ist. Für den öffentlichen Rundfunk etwa ist die Allianz mit dem Publikum die entscheidende Zukunftsfrage, wenn er nicht von Parteien abhängiger Günstling sein will und alsbald abgeschafft. Unsere neuen Förderbedingungen wären also ganzheitlich konzipiert und nicht undurchsichtig fragmentiert. Als Argument für diesen Fleckerlteppich wird jetzt oft vorgebracht, dass die EU grundsätzlich neue Fördergesetze aus Österreich vielleicht nicht akzeptieren würde. Um dem zu entgehen, schreibe man halt die Medienförderungsstrategien und Gesetze der 1970er Jahre für Print und von Anfang der 2000er Jahre für linearen Rundfunk fort und flickt je nach Stärke von Lobbyisten da und dort etwas immer wieder was dazu. Daraus entsteht 2022, wie wir sehen, ziemlich viel Unsinn. Außerdem halte ich den Verweis auf die hinderliche EU für eine Schutzbehauptung.

Dieses Jahr war ein Rekordjahr für Förderungen. Wir diskutieren und berichten darüber, es wird Kritik an Kriterien geübt und hinterfragt. Im Vergleich zu den Summen, die die öffentliche Hand aber in Inserate steckt, wirken auch die mehr als 80 Millionen Euro Förderungen wenig. Tappen wir nicht in eine Falle, dass wir sehr viel über Förderungen diskutieren, die im Großen und Ganzen aber dennoch finanziell ein Randthema sind?



Ja. Wir schauen auf eine Nebenbühne, während eigentlich hinter den Kulissen der Hauptbühne, wo Publikum kaum erwünscht ist, die Regie für Medien- und Journalismusentwicklung gemacht wird. Dazu zählt die Vergabe von öffentlichen Inseraten, die ein Vielfaches der Förderungen ausmachen. Dieses Phänomen der verdeckten Subventionen nach Ideologie, Sympathie und privater Karrierestrategie von Politikern haben wir schon lange. Es gab historisch außerdem die ganz bewusste Untätigkeit von Regierungen bei Konzentrationsprozessen. Unter Rot-Schwarz in den 1980er und 1990er Jahren gab es beim Zusammenschluss der damals größten Tagestitel zur national marktbeherrschenden Mediaprint etwas besorgte politische Pflichtrhetorik von Einzelnen, aber als Morgengaben Millionen an staatlicher Druckereiförderung, Handy-Lizenzen, nationale Rundfunkfrequenzen, immer mehr Inserate. Zur Ablenkung haben wir Presseförderung diskutiert.

Oder erinnern Sie sich, als nach 2000 gegen die Fusion von News, format, trend, profil und vielen weiteren Zeitschriftentiteln von der ÖVP-/FPÖ-Koalition gar nichts getan wurde. Dieses Ende eines Magazinmarktes haben auch die Sozialpartner als Laienrichter im Kartellverfahren durchgewunken – zur Erinnerung: gegen die Expertise der Berufsrichterin, die ein solches Kartell wegen der absehbar fatalen Folgen für den Wettbewerb verhindern wollte. Den Zusammenschluss der zwei damals größten, vorgeblich österreichischen Privat-TV-Sender, die als AG-Töchter aus Deutschland dirigiert werden, haben Politik und Öffentlichkeit vor einigen Jahren sowieso nur mehr beiläufig zur Kenntnis genommen. Dort ist jetzt Silvio Berlusconi Medienkonzern größter Aktionär also von uns lizenziert und gefördert. Stört das noch jemand? Indirekte Beihilfe zu Medienkonzentration waren in Österreich stets viel wirksamer als gelegentliche Ausschüttung einer demokratiepolitisch vernünftig wirkenden Fördermillion für Journalismus und Meinungsvielfalt. Diese war dann meist nur Ausdruck des schlechten Gewissens einer schlechten Medienpolitik.

